



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die politische Situation.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die politische Situation.

Die neueste Abstimmung der zweiten preußischen Kammer über die Anleihe ist ein so folgenschweres und für die parlamentarische Entwicklung Preußens so bezeichnendes Ereigniß, daß wir es für nothwendig halten, auch von unsrem Standpunkte ein Gutachten darüber zu geben, wenn wir auch von unsrem Correspondenten, der in der Mitte der Begebenheiten steht, eine eingehendere Kritik erwarten. Für uns, die wir außerhalb der unmittelbaren Erregtheit stehen, scheint es nothwendig, zweierlei zu constatiren: einmal, daß jene Abstimmung allerdings der schwerste Schlag ist, der das parlamentarische Wesen getroffen hat, sodann aber, daß wir darum noch immer nicht an unserer Lage verzweifeln dürfen.

Wir nennen jenes Ereigniß den schwersten Schlag für die parlamentarische Entwicklung. Denn abgesehen davon, daß es einem Ministerium, welches sich in keiner Weise gebunden hat, außerordentliche Mittel an die Hand gibt, eine Politik zu verfolgen, die möglicherweise der Ueberzeugung des Volkes ganz entgegengesetzt ist, wirft es ein äußerst trübes Licht auf die Mündigkeit, die der Constitutionalismus nach fünf Jahren mühevoller Anstrengung sich in Preußen errungen hat. Der Sieg der rechten Seite über die linke in der Abstimmung wird durch die einzelnen vortrefflichen und energischen Reden, die bei dieser Gelegenheit von der Opposition gehalten sind, keineswegs abgeschwächt. Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen haben die preußischen Kammern ein großes, entscheidendes und von keiner Seite angezweifelttes Recht in Beziehung auf die höhere Politik auszuüben gehabt, und sie haben sich dieses Recht in der unschönsten Form, die nur gedacht werden konnte, aus den Händen gleiten lassen.

Der Ministerpräsident hat selber auf das bestimmteste bei der Einleitung der Debatte erklärt, daß das Recht der Kammern, die angetragene Anleihe zu verringern, außer Zweifel stehe. Diese Seite der Sache können wir also ganz auf sich beruhen lassen. Die Kammern dürften nur überlegen, in welcher Weise sie zum Wohl des Staates dieses Recht, das zugleich eine sehr ernste und schwere Pflicht enthält, ausüben sollten.

Die Aufklärungen, welche der Commission von Seiten der Regierung gegeben sind, waren in keiner Weise ausreichend. Zwar hat der Kriegsminister in ziemlich starken Ausdrücken seine Ansicht über die moralische Unmöglichkeit ausgesprochen, daß Preußen mit Rußland gehen könne, allein er sprach diese Ansicht nicht im Namen der Regierung aus, sondern gleichsam theoretisch. Daß ein einsichtsvoller General und ein guter Preuße, wie Herr v. Bonin, diese Ueberzeugung haben mußte, darüber durfte eigentlich niemand in Zweifel sein, daß er sie laut und offen aussprach, macht seinem Charakter alle Ehre; aber es gibt den Kammern, welche jene Anleihe doch nicht aus ihrem Beutel, sondern aus

dem Beutel des Volkes zahlen sollen, keine Bürgschaft, die sie ihren Committenten gegenüber rechtfertigen könnte. Man weiß, daß die Mehrzahl des Ministeriums der entgegengesetzten Ansicht ist, man weiß, daß Herr v. Bonin in jedem Augenblick von seinem Posten entfernt werden kann, man weiß aber auch, daß selbst ohne diese Eventualität die theoretische Ueberzeugung eines Ministers, der zugleich General ist, noch nicht unbedingt maßgebend für die Handlungsweise der Regierung ist. Hatte doch kurz vorher eine sehr hochstehende Person, von der man annimmt, daß sie die Ansichten des Herrn v. Bonin im allgemeinen theilt, in einer öffentlichen Erklärung den Willen ausgesprochen, auch gegen ihre Ueberzeugung der Soldatenpflicht zu folgen. Nicht der Inhalt dieser Erklärung, sondern daß sie überhaupt abgegeben wurde, mußte die allgemeine Aufmerksamkeit erregen, mußte vor allen Dingen die Kammern davor warnen, die theoretischen Ansichten eines Generals als maßgebend für seine Handlungsweise aufzufassen.

Noch viel weniger befriedigend war die Haltung des Ministerpräsidenten. Er hat zwar seinen guten Willen im allgemeinen versichert, eine Versicherung, die nicht zum ersten Mal abgelegt worden ist, aber er hat weder deutlich ausgesprochen, daß seine Auffassung mit der der Kammern Hand in Hand geht, noch auch nur, daß er die Situation vollkommen beherrscht. Wenn der Präsident des Ministeriums zugeben mußte, von sehr wichtigen, vielleicht von entscheidenden Unterhandlungen keine Kenntniß zu haben, so konnte er, selbst seinen guten Willen vorausgesetzt, den Kammern keine Bürgschaft geben, die sie ihren Committenten gegenüber gerechtfertigt hätte.

Unter diesen Umständen war der einzige correcte Ausdruck der Opposition die Verweigerung der Anleihe, in jener Form, die Vincke vorgeschlagen hatte, nämlich nur die vorläufige Verweigerung, bis genauere Aufschlüsse über die Absichten der Regierung gegeben wären, verbunden mit dem Versprechen, in diesem Fall zu jedem Opfer freudig bereit zu sein.

Von der Pflicht, in diesem Sinn ihre Stimme abzugeben, konnte sich die Opposition nur unter einer Bedingung für frei halten, wenn sie nämlich mit Bestimmtheit voraussah, daß ihr Antrag durchfallen, daß dagegen eine modificirte Genehmigung der Anleihe, nämlich eine Bewilligung unter bestimmten Bedingungen, eine sehr große und imposante Majorität erhalten würde. Staatsrechtlich war zwar eine solche Modification vollkommen null und nichtig, denn ausgesprochene „Erwägungen“ sind kein rechtliches Hinderniß für die Verwendung einer bewilligten Geldsumme; aber es wäre allerdings eine wichtige Thatsache gewesen, wenn in dieser durchaus aus conservativen Elementen zusammengesetzten Kammer eine sehr starke Majorität ihre politische Ueberzeugung auch nur in der Weise, wie es der Commissionsantrag formulirte, ausgesprochen hätte. Allein nur die gewisse Voraussetzung einer sehr starken Majorität konnte eine solche Abschwächung der wirklichen Ueberzeugung rechtfertigen. Wurde der

Commissionsantrag von der gesammten Kammer mit Ausnahme der specifisch russischen Partei angenommen, so war das ein Erfolg, denn es erklärte der Krone, nach welcher Seite hin auch die conservativen Ueberzeugungen sich neigten; gewann er aber nur die Schwerinsche Majorität, so war er vollkommen werthlos, denn seine rechtliche Wirkung blieb null und nichtig, und eine Information für die Krone war er auch nicht, da diese bereits vollständig darüber unterrichtet ist, was die Opposition in dieser Frage wünscht.

Nun wurde die Lage der Dinge am Tage der Entscheidung durch die Erklärung des Ministerpräsidenten, in Wien sei ein neues Protokoll von den Abgeordneten der vier Mächte unterzeichnet, allerdings einigermaßen geändert, aber nur insofern das Gemüth derjenigen, die sich vor jedem entscheidenden Schritte scheuen, dadurch bestimmt wurde, sich für den Augenblick durch einen raschen Rausch der Illusion über ihre eigne Unschlüssigkeit zu entschuldigen. An den Thatsachen wurde dadurch nichts geändert, so lange man nicht wußte, was jenes Protokoll enthielt und wie weit sich Preußen dadurch gebunden hatte.

Es blieb also der Opposition, die auch für das Commissionsgutachten nur eine geringe Majorität voraussehen konnte, nichts Anderes übrig, als sich einmüthig dem Bineschen Antrag anzuschließen. Nun besteht allerdings der bei weitem größere Theil aus Männern, deren schönes und gerechtes Pietätsgefühl gegen die Krone, deren Wunsch, nie auch nur in den leisesten Conflict mit dem Königthum zu kommen, durch kein starkes und durchgearbeitetes Gefühl ihrer eignen Pflicht modificirt wird. Ein preußisches Gericht, ja unter Umständen selbst ein preußisches Regierungscollegium würde nicht den geringsten Anstand nehmen, innerhalb des Kreises seiner Befugnisse eine selbstständige Entscheidung zu treffen, auch wenn ihm anderseitige Wünsche von Seiten des Hofes angedeutet wären. Allein unsere parlamentarische Opposition hat es sich noch nicht völlig klar gemacht, daß sie gleichfalls ein Amt führt, welches mit der schwersten Verantwortlichkeit verbunden ist. Ein Ausdruck dieser Gemüthsstimmung war das Amendement Auerswald — ein Name, an den sich die Erinnerung vieler unglückseligen Amendements knüpft — es war in seiner Form incorrecter als selbst das Commissionsgutachten. Der Commissionsantrag hatte die Anleihe bewilligt, „in Erwägung“, daß die bisherige Politik Preußens, wenn man sie richtig auffaßte, eine angemessene weitere Haltung voraussehen ließ; diese „Erwägung“ war eine freilich sehr abgeschwächte und versteckte Bedingung. Nun erklärte der Ministerpräsident, jede Bedingung als eine Ablehnung betrachten zu müssen; Herr von Auerswald ließ also die „Erwägung“ aus, und gab so erstens seine Bewilligung, zweitens ein gar nicht provocirtes Lob der Manteuffelschen Politik, worauf der Minister ganz folgerichtig bemerkte, er sei zwar mit diesem Lobe sehr zufrieden, er halte es aber für überflüssig, da in der einfachen Bewilligung schon dasselbe

liege. — Wir billigen daher auf das vollständigste den Entschluß Vinckes und der kleinen Fraction, die ihm treu blieb, sich diesem Amendement zu widersetzen.

Der Ausgang war nun allerdings ein sehr trostloser. Mit Ausnahme von etwa einigen dreißig Liberalen hat die gesammte Kammer die Anleihe ohne weitere Bedingung votirt, und die Kreuzzeitung kann nun der Regierung versichern, daß mit Ausnahme jener wenigen Uebelgestimmten das ganze Volk auf ihrer Seite stehe. Aber hätte die Annahme des Auerwaldschen Antrages die Sache wesentlich geändert? Dann hätte ja wieder die Kreuzzeitung versichern können, eine kleine Majorität billige allerdings die bisherige Haltung der Regierung, der bessere Theil des Volks aber gehe weiter und verlange ein Anschließen an Rußland. Für das Volk, das Gott sei Dank dieser diplomatischen Feinheiten und Kniffe endlich müde geworden ist, bleibt es immer ein Trost, daß wenigstens einige dreißig Männer sich vorfanden, die, um den technischen Ausdruck zu gebrauchen, den Muth ihrer Meinung hatten.

Allein so schwer auch diese Empfindung auf das Herz jedes Patrioten fallen muß, der bisher an eine parlamentarische Entwicklung geglaubt hat, so würde es doch voreilig sein, deshalb an unserer Zukunft überhaupt zu verzweifeln. Wir halten die Erklärungen des Herrn v. Bonin zwar nicht für ein Actenstück, durch welches die Kammer ihre Abstimmung vor ihren Committenten rechtfertigen könnte, aber als Zeugniß eines hochstehenden und hochgebildeten Offiziers ist sie für uns, die Draußenstehenden, eine hoffnungserregende Aussicht. Wir würden als Kammermitglieder durch sie nicht bewogen werden, einem Ministerium 30 Millionen zur beliebigen Verwendung zu übergeben, weil Herr v. Bonin sein Mitglied ist, aber wir werden in unserer historischen Ueberzeugung, daß Preußen unmöglich einen Selbstmord begehen kann, dadurch bestärkt. Was Kammermitgliedern nicht erlaubt ist, nämlich die Wahrscheinlichkeitsrechnung anzuwenden, darf uns zu unserer eignen Beruhigung nicht versagt sein. — Ferner bleibt die Unterzeichnung des Wiener Protokolls immer ein wichtiger Schritt, wenn auch seine Tragweite nicht sehr weit reicht. Obgleich sein Inhalt der allernunbedeutendste ist, so wird durch jenes Factum wenigstens eine übereilte Verständigung mit Rußland erschwert, ein übereilter Bruch mit den Westmächten verhindert, und wir trauen den österreichischen Staatsmännern, deren Führung sich ja Preußen jetzt überlassen zu haben scheint, wenigstens so viel Einsicht und Charakter zu, daß sie nicht blind in ihr eignes Verderben rennen werden.

Solche Tröstungen sind freilich sehr deutsche Tröstungen, aber sie können uns doch vor zu früher Muthlosigkeit warnen. Die einzigen Kammern von Wichtigkeit, die Deutschland noch besitzt, haben ihre Pflicht gegen Deutschland nicht gethan. Es ist nun an der Zeit, daß die Presse mit größerem Ernst und größerer Einheit als bisher sich dieser Pflicht unterzieht. Sie darf nicht müde werden, Tag für Tag aufs neue die Masse des Volks mit denselben Ansichten zu

durchdringen, um endlich jene öffentliche Meinung aufzuregen, deren Gewalt sich keine Regierung entzieht. Nur jetzt keine diplomatischen Finessen, keine höhere Staatsweisheit! Alle anderen Fragen, die sich an jene große orientalische knüpfen, sind vollkommen gleichgiltig gegen die einzige: Rußland hat uns seit einem Menschenalter auf dieselbe Weise geistig geknechtet, wie es Napoleon vorher physisch gethan, und der Freiheitskampf Europas gegen das russische Uebergewicht ist ein ebenso heiliger, ein ebenso nothwendiger, als der Freiheitskampf Europas gegen Napoleon im Jahre 1813.

Als einen glänzenden Beitrag zur Erfüllung dieser Pflicht der Presse führen wir eine soeben erschienene Broschüre an:

Preußen und Rußland. Leipzig, Hirzel. —

Für jeden, der nicht vollständig blind ist, wird hier auf das schlagendste nachgewiesen, daß Rußland von jeher der schlimmste Feind Preußens war und es sein mußte, und daß jetzt oder nie der Augenblick gekommen ist, diesen Feind, gegen den man sonst unter den schlimmsten Umständen allein auftreten müßte, mit der Hilfe des gesammten Europa in seine Schranken zurückzuweisen. Und mit vollem Herzen schließen wir uns auch der Ueberzeugung des Verfassers an, daß derselbe Augenblick der geeignetste ist, mit jener unpreußischen und undutschen Partei reinen Tisch zu machen, die sich auf das handgreiflichste als eine russische enthüllt hat. In dieser Beziehung freuen wir uns darüber, daß man dem Rundschauer der Kreuzzeitung die völlige Freiheit gelassen hat, auf der preussischen Tribüne jene Ideen dreist und cynisch auszusprechen, die freilich das Erstaunen und die Empörung der Nachwelt erregen werden, die aber die Mitwelt noch immer nicht hinlänglich kennt. Alle liberalen Zeitungen sollten sich die Pflicht machen, die Rede des Herrn v. Gerlach so viel als möglich zu verbreiten, damit das ganze Volk erfährt, was das für Männer sind, die bisher zum Theil seine Politik gemacht haben.

Noch auf einen Umstand wollen wir hinweisen, dessen ausführlichere Besprechung wir uns aber vorbehalten müssen. Vorausichtlich wird der Krieg, wenn er einmal ausgebrochen ist, nicht eher aufhören, als bis ganz Europa eine ganz neue Gestalt gewonnen hat. Es kann nicht fehlen; daß alle alten Ansprüche und Hoffnungen bei dieser Gelegenheit von neuem wieder ans Licht treten. Hier soll sich nun Deutschland vor allen Dingen daran erinnern, daß noch eine schwere Schuld und folglich eine schwere Pflicht auf ihm lastet, wir meinen Schleswig-Holstein. Es wird noch im Laufe dieser Tage in Jena bei Frommann ein Erinnerungsblatt für Deutschland erscheinen: „Schleswig-Holsteins Gegenwart im März 1854“, auf das wir gleich von vornherein unsere Leser aufmerksam machen. Mit Schauern wird Deutschland daraus erfahren, was die berühmte Pacification der deutschen Mächte diesem unglücklichen Lande für ein Schicksal bereitet hat. Wir wollen hier unsererseits nur auf eine bestimmte Seite des Gegenstandes aufmerksam

mächen. Die englische Presse wetteifert im gegenwärtigen Augenblick im Vollgefühl ihrer neuen Machtentwicklung in Schmähungen gegen Deutschland, weil es so lange zögert, sich den Alltirten anzuschließen. Wir haben zwar nicht jenen närrischen Patriotismus, der den Arzt schlägt, weil dieser ihm von seiner Krankheit spricht, allein wir müssen doch unsere Freunde jenseit des Kanals daran erinnern, nicht ein zu kurzes Gedächtniß zu haben. Wer war es, der in den Jahren 1849 und 1850 die Infamie beging, den einzigen Staat, der eine Vormauer gegen Rußland werden konnte, Preußen, an die Russen, an die Dänen, an die Franzosen und an die Oestreicher zu verrathen? Wer anders als das mächtige England, das mit kläglichem Neide die Möglichkeit einer preussischen Seemacht betrachtete, und es ruhig geschehen ließ, daß Rußland seinen souveränen Willen durchsetzte und Preußen demüthigte? Es ist sehr gut, daß England jetzt eine andere Richtung genommen hat, und das deutsche Volk wird alles Mögliche thun, um seine Regierungen nach derselben Richtung hinzutreiben, allein es ist ganz unnütz, daß die guten Insulaner den Mund so voll nehmen. England kann in raschem Entschluß einen Kampf unternehmen, der es in keine directe Gefahr bringt; aber ein Staat mit eingeschränkten Kräften, auf dessen Schwäche überall übermächtige und feindliche Nachbarn lauern, will mit Schonung behandelt sein. Gewiß werden wir uns freuen, wenn die englische Diplomatie in Berlin glänzende Erfolge erringt, aber die ungezogene Diplomatie eines Blattes wie die Times, das noch vor ein paar Monaten gut russisch war, müssen wir uns höflich verbitten. Wir wünschen den Krieg gegen Rußland, weil er in Preußens, in Deutschlands eigenstem und tiefstem Interesse liegt; aber zum Vergnügen der Londoner Börsenspeculanten würden wir nicht einen Pfennig auszugeben rathen. Wenn die englische Presse wirklich einen Nutzen stiften will, so möge sie dem Lord Russell begreiflich machen, daß er doch der Schwäche eines Staats, dessen Abhängigkeit von Rußland er in so rührenden Worten bedauert, etwas zu Hilfe kommen möge. Wenn Preußen sein Gut und Blut an diesen Kampf setzt, so muß es auch gestärkt daraus hervorgehen, und England möge bei guter Zeit in sich gehen und überlegen, daß vor allen Dingen Schleswig-Holstein, daß Kiel der Punkt ist, an welchem der Hauptsteg über Rußland davongetragen werden kann, daß so lange dieser Punkt in russischen Händen bleibt, der russische Kaiser auch den Verlust Konstantinopels verschmerzen kann.

Pariser Brief.

Ich habe Ihnen in meinem jüngsten Brief von dem eigenhändigen Schreiben Louis Napoleons an Franz Joseph gesprochen und seither ist auch die Kunde